

Berliner Tageblatt
erhalten täglich normal mit Ausnahme des Sonntags an welchem es nur in einer Morgenausgabe...



Der Abonnements-Preis
besteht bei dem Postamt - Bezugsort - und dem Postamt - Bezugsort - monatlich 1 Rth. 75 Pf. durch die Post bezogen...

Berliner Tageblatt

Nr. 535. Berlin, Sonnabend, den 15. November 1879. VIII. Jahrgang.

Reffortpolitik.

Als Fürst Bismarck vor Jahren bei Gelegenheit der Uebergabe seines Testaments sich mit dem deputierten Richter über die jämmerlichen Berliner Gerichtsstolastäten unterhielt, über er gerathen haben, die Uebelstände forciert in der Presse zur Sprache zu bringen...

Die Presse hat es an Klagen nicht fehlen lassen, und in den Berathungen zum beschriebenen Etat der Justizverwaltung wird nunmehr auch offiziell das Inhabere der jetzigen Zustände anerkannt. Während dem Bedürfnissen der Strafverfolgung durch die strafgerichtlichen Neubauten in Aussicht abgehoffen wird, will die Regierung für die Abheilung für Civilsachen des Landgerichts und Amtsgerichts Berlin I das Grundstück des ehemaligen Radettenhauses, Neue Friedrichstraße 12-16, ankaufen und beantragt von der Volksvertretung die Bewilligung der hierzu erforderlichen Summe.

Es ist lediglich von lokalen Interesse und mag deshalb dahingehend nicht abgesehen werden, ob der Platz für das künftige Gerichtsgebäude sehr günstig gewählt ist; allgemeines Interesse beansprucht aber das Verhalten, welches die Reichsjustizverwaltung in dieser Angelegenheit zu beobachten sich zu beabsichtigt hat.

Die Justizverwaltung befindet sich in einer Zwangslage. Während für die Civilabteilungen 300 bis 370 Quadratmeter erforderlich sind, enthält das Stadtgerichtsgebäude in der Lindenstraße deren nur 170, von denen 40 als Rathbeethel im Dachehofe eingebracht sind. Die bei der Einführung der neuen Gerichtsverfassung fehlenden Lokalitäten waren in der Nähe des Stadtgerichts in geringerer Weise selbst bei den größten Selbstkosten nicht zu beschaffen; es ist deshalb das Radettenhaus gemietet worden. Die Reichsjustizverwaltung hat sich aber nur bis zum 1. October 1880 zur Vermietung herabgelassen und will dann „unter allen Umständen“ das Grundstück verkaufen, eventuell parzellieren. Sie forciert von der ihr hiernach auf Gnade und Ungnade übergebenen Justizverwaltung einen Kaufpreis von 4,706,000 Mark und begründet die erhebliche Forderung damit, daß sie denselben Preis auch bei einer „Partzellierung“ erreichen könne!

So erheblich die Summe angezogen der preussischen Finanzlage ist, so tritt die ökonomische Seite der Angelegenheit doch in den Hintergrund, und hell beleuchtet hebt sich jenes politische Uebel ab, an welchem unsere Staatsverwaltung krankt: die leidige Reffortpolitik der einzelnen Verwaltungszweige, welche ausschließlich den geschäftlichen Vortheil des eigenen Refforts verfolgt, die übrigen öffentlichen Interessen aber völlig außer Acht läßt. Man könnte diese Politik gewähren lassen, läte nicht das Staatswohl unter diesen Bedingungen und wäre es nicht schließlich der Steuerzahler, welcher die Kosten zu tragen hätte.

Auf Irrwegen. *)

Den Änderungen des Dottors nach der verschollenen einzigen Schwester hatte Reine die größte Gleichgültigkeit entgegengebracht — was waren die Familienangelegenheiten? Sie konnte ja keine Verzeigerung, nur das Ich — und dieses Ich, welches nach ihrer eigenen Meinung die unüberwindliche Fesseln der Erde darstellte, war ihr gefaßt in seinem Eigenthum, daher verlor in seiner Gerechtigkeit. Sie überhörte Helene's Frage gänzlich, wie sie es auch verachtlich fand, hätte sie derselben gegenüber sich Zwang und Mühsal gefühlt wollen. Helene war eine besagte Straft, die sie zwar auf dem Standpunkt einer Verurtheilten bildete — immerhin aber nur deshalb, weil sie unglücklich und dadurch mehr oder weniger unglücklich war. Sie sprach nach einer Weile empor und eilte zu einer silbernen Staffete, der sie ein Papier entnahm. So oft sie ihre Blicke aber auch tief auf dasfelbe zu richten vermochte, immer wieder traten die Buchstaben wieder zurück. „Helene“, sagte sie endlich, „lies das einmal — es ist die Handschrift Selma's und eine so sehr erkennbare, wie man sie im faunm antaunen sollte. Ihre Orthographie möchte ich indes nicht behörden! Die Geschichtlerin legte nach einigen Stunden das Schriftstück auf den Tisch. „Der Brief ist jedenfalls nicht im Geiste der Souveräne entworfen — aber sie hat ihn gut und richtig kopirt — und wenn mich nicht mein Miß thut, so wird er seinen Zweck wohl erfüllen — er enthält Alles.“ „Du findest ihn gut?“ Ein hübscher Triumph bligte aus Helene's Augen. „Ein minder zart befelegtes Gemüth, als das Selma's von Rauen.“

*) Dem künftigen Abonnenten wird der bereits erschienene Theil des Romans gegen Einsendung der Abonnements-Quittung gratis nachgeliefert.

Die Militärverwaltung hat sich, aus nachfolgenden Gründen, der gemachten übrigen Staatsverwaltung gegenüber eine volle Selbstständigkeit gewahrt; ihr „hat Bismarck nur zu segnen“, sie geht ihren Weg, unbekümmert darum, ob neben ihr auch die anderen Verwaltungen zu ihrem Ziele gelangen können. Die Aufsicht mag jedoch wie sie ein Obdach findet. Es ist allerdings ein Gebot der Staatspflicht, einen so beträchtlichen Grundstückscomplex in Mitten der Hauptstadt, wie denjenigen des Radettenhauses, für staatliche Zwecke verwenden zu erhalten. Aber — die Militärverwaltung braucht Geld, sie sieht, so zu sagen, auf „höchste Fruchtbildung“ ihres Vermögens, und droht mit der „Aushilfszahlung“ ihres Grundbesitzes, wenn ihr von der in Rücksicht befindlichen Justizverwaltung der geforderte Preis nicht bewilligt wird.

Dieses Vorgehen ist um so bemerkenswerth, als das Reich denselben Grundbesitz von Preußen als Mitglied erhalten hat. Das Radettenhaus ist auf Grund des Gesetzes vom 25. Mai 1873 über die Rechtsverhältnisse der zum dienstlichen Gebrauche einer Reichsverwaltung bestimmten Gegenstände in das Eigentum des Reiches übergegangen, ohne daß Preußen dafür auch nur mit einem Pfennig entschädigt worden wäre. Und nun soll eben dieses Reich, genötigt durch Zwangsverhältnisse, sein Geld für einen ungeheuerlichen Preis zurückkaufen.

Es läßt sich diesem Anstrome gegenüber die Frage aufwerfen, ob das Reich nach den §§ 5-7 jenes Gesetzes nicht zur unentgeltlichen Rückgabe des Grundstückes an Preußen verpflichtet ist, weil das Grundstück für die Militärverwaltung — wie sie durch ihre Verkaufsabsicht anerkennt — einbräutiglich geworden ist, ein Ertrag durch das betragene Gebiet des städtischen Terrains und durch die Bewilligung der Baukosten seitens des deutschen Reichstages bereits beschafft ist, der Ertrag aus dem Verkauf mithin nicht dazu bestimmt sein kann, durch die Erwerbung eines anderen Grundstückes oder die Herstellung einer anderen Baustelle einen Ertrag für das ebenfalls geordnete Grundstück zu beschaffen. Oder soll mit jenen 4,706,000 Mark ein neues Radettenhaus gebaut werden? Würde der künftige Militär-Etat bereits seinen Schatten voraus, und beabsichtigt die Militärverwaltung — auf Kosten der preussischen Steuerzahler — durch Einstellung der aus dem Verkauf ersten Millionen in die Einnahmen des Etats dem deutschen Reichstage die Bewilligung erhöhter Militär-Ausgaben weniger schwierig zu machen?

Wir hoffen, daß das preussische Abgeordnetenhaus den Antrag nicht genehmigen wird, und rechnen hierbei auf die Konventionen, welche unser feierlichen Selbstverleugern, „ipso facto“, gewiß genügen und die Gelegenheit nicht werden nehmen lassen wollen, durch die Streichung des Defizit um etwa 5 Millionen zu vermindern! Es mag dann abgemerkt werden, ob die Militärverwaltung ihre Drohung ausführen und die Aufsicht mit dem Ablaufe des Reichstages ermitteln wird. Der Reichskanzler ist zugleich preussischer Minister-

präsident, und man sollte meinen, daß er Mittel finden müßte, etwaigen Uebelständen einer von ihm wiederholt öffentlich beklagten Reffortpolitik entgegenzutreten.

Sollte aber, wie bei dem jetzigen Abgeordnetenhaus zu vermuthen, das Geschäft genehmigt werden, so mag der deutsche Reichstag bei der Prüfung des künftigen Militär-Etats nicht vergeßen, daß die darin figurirenden 5 Millionen Einnahmen aus den Lasten preussischer Steuerzahler geflossen sind!

Politische Tages-Nachrichten.

Berlin, 15. November.

Wir theilen unter den parlamentarischen Nachrichten dieser Nummer die Zusammenlegung der Kommission mit, welcher die Eisenbahnvorlagen zur Vorberathung überwiesen worden sind. Bemerkenswerth ist, daß die fünf von der nationalliberalen Fraktion in die Kommission deputierten Mitglieder sämtlich Anhänger des Staatbahnsystems sind. Nach der Zusammenlegung der Kommission würden also die vereinten Konservationen und Nationalliberalen, welche abgesehen von den zu gewöhnlichen Garantien, prinzipiell auf dem Standpunkte der Regierungsvorlage sich befinden, schon für sich allein über die Mehrheit verfügen, so daß die Stimmen der Mitglieder der Centrumsfraktion dabei nicht in Betracht kommen. Es wird vielleicht auffallen, daß der Abgeordnete Richter nicht Mitglied der Kommission ist, von seiner Wahl wurde seinem eubärdlichen Wunsch gemäß Abstand genommen. Der Kommission wird amvortrefflich durch die Regierung ein reichhaltiges technisches Material geliefert. In den Beratungen der Kommission wird die Saniratsfrage den Augenpunkt bilden. Als Charakteristik muß erwähnt werden, daß die Konservationen, welche bisher in jeder parlamentarischen Majorität eine Beschränkung der Autokratie der Krone erlitten, jetzt mit einem Male bei der Eisenbahnvorlage die Einführung einer mit allen Rechten ausgestattet parlamentarischen Kontroll-Kommission beantragen. Nach dem Vorschlage der Konservationen soll nämlich dieser Kommission eine beschließende Stimme eingeräumt werden, während die Prefforentrationen der Kontroll-Institution nur eine beratende Stimme zugesprochen werden. Wichtig ist, daß sowohl die Konservationen wie die nationalliberalen Anhänger der Regierungsvorlage sich vorgenommen haben, in der Kommission den Minister für die öffentlichen Arbeiten zu einer bestimmten Erklärung darüber aufzufordern, wie weit derselbe mit der Verticallung der Eisenbahnen zu gehen gedente, und welchen Plan er dafür entworfen habe. Man will dem Minister durch eine Resolution die Meinung der Mehrheit dahin nahe legen, daß es bei dem Anlauf der vier betreffenden Bahnen bis auf Weiteres sein Bemühen behalten und von dem Anlauf weiterer Bahnen Abstand genommen werden möge.

Es scheint uns doch, daß mit der Ernennung des Staatssekretärs Friedberg zum Justizminister eine Veränderung in dem Verhalten des Reichskanzlers zum preussischen Justizministerium nicht eintreten soll; es wird vielmehr die unmittelbare bevorstehende Ernennung eines neuen Staatssekretärs im Reichsjustizamt angekündigt. Es wird damit eine der Hoffnungen getauscht, die sich an diese Ernennung geknüpft hatten, und man kann den Gedanken nicht unterdrücken, daß in dem Angehen eines allgemeinen Ministerrathes

Es war die natürlichste Stellung, welche er angenommen, und doch wäre unter Hunderten von Porträts sofort die Unterfertigung auf ihn gelenkt. Er trug altdeutsche Kleidung, die malerische, polierordnante Schauben eines Patriarchen.

In allen Zeiten wäre er begehrenswürdig gewesen — sagten Reine's Mienen, wie sie im Ansehen verstanden stand. Jetzt noch, jetzt noch, sprach ihr Herr mit ungeschämten Schlägen — aber, was war sie selber jetzt?

Sie rief den Spiegel und hob aus dem Vordrue zurück in die braune Dämmerung des Empfangszimmers. Dort hatte sie sich kaum wieder nachlässig in eine Sophaecke geworfen, als Euse eintrat.

Ihr Gruß war höflich, wie immer, nur ihre Mienen ein wenig kühlter.

Ich behaupte, daß Du warten müßtest, Reine — ich verachte zu gleicher Zeit Arthur's Mien.

Oh, ich unterließ mich vortheilhaft in der puritanischen Einfachheit Deines Salons, liebe Euse! — Frisch's Mien also zählt jetzt zu Deinen Freunden; kein Wunder, wenn Du eine ungeliebte und gewöhnliche Frau, wie mich, vernachlässigst. Man sollte denken, wie wären die fremden Menschen für einander.

Euse legte sich und erwiderte langsam: „Es Meidst mir so wenig Zeit, und dann?“

„Ni Roland ist ein Hausmann geworden, und die Zeit steht an seine Seite zu festem, meine Liebe? Ich würde ihn bei Tisch daran gewöhnen — ersuchen, wie es die kleine geistliche Euse ist!“

„Du scherzt wohl, Reine — ich habe weder Einfluß auf meinen Schwager, noch treibe ich mich nach demselben.“ erwiderte Euse ruhig. Die lebhafteste Frau hob die Hände wie in Verwunderung. „Euse, es hat Niemand mehr Theilnahme für Dich, als ich. Ich weiß, was es heißt, allein zu stehen.“

„Du hast einen Gatten“, unterbrach die Andere mit klarer Stimme. „Es war nicht zum ersten Male, daß Euse sich erlaubte, Reine an die nachfolgenden Mienen zu erinnern. Um den Mund derselben suchte es, aber noch gelang es ihr, sich zu beherrschen. „An Theilnahmen richtet sich schließlich der am Boden Liegende